

SPD-Fraktion

im Ortsbeirat Gießen-Allendorf

Vorlage an den Ortsbeirat Gießen-Allendorf

Vorlagennummer: **OBR/1524/2023**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 30.05.2023

Amt: Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Aktenzeichen/Telefon:
Verfasser/-in: Tobias Blöcher

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Ortsbeirat Allendorf	06.06.2023	Entscheidung

Betreff:

**Mittelfristige Konzeption für eine Versorgung von Allendorf/Lahn mit Fernwärme -
dezentrale kommunale Blockheizkraftwerke
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.04.2023**

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln, durch das das Fernwärmenetz auch in Allendorf/Lahn erweitert wird. In kommunalen Gebäuden soll die Abwärme von dezentralen Blockheizkraftwerken dafür genutzt werden. Bei Straßensanierungen sollen bereits jetzt schon Leerrohre für spätere Fernwärmeversorgung verlegt werden.

Begründung:

In der Regel verfügt zurzeit jedes einzelne Haus eine eigene Wärmeversorgung. Meistens wird hier aus fossilen Brennstoffen Wärme produziert, bei der aber leider viel zu viel CO₂ anfällt. Vereinzelt existieren bereits auch schon Wärmepumpen in den privaten Häusern, was sehr begrüßt wird.

Das Neubaugebiet „Ehrsamer Weg“ ist an das Blockheizkraftwerk in der Brüder-Grimm-Schule angeschlossen und wird von dort mit elektrischem Strom und Wärme versorgt. Auch versorgt die Wohnbausiedlung „Aubach“ die dortigen Häuser und auch Nachbarhäuser mit Nahwärme und Strom durch ein Blockheizkraftwerk. Das effektive Nutzen von Abwärme bei der Stromgewinnung in zentralen Gebäuden sorgt dafür, dass viele Häuser auf eigene Heizanlagen verzichten können.

Kommunale Gebäude und städtische Grundstücke sind auch in der breiten Siedlungsfläche vorhanden; in der Ortslage von Allendorf/Lahn wären dies:

Kindergarten/Feuerwehrhaus, Wasserhochbehälter Am Kasimir, Kleebachschule, Sport- und Kulturhalle, Backhaus, Wohnbausiedlung, Trafostandorte, Friedhofkapelle). Auf diesen sind solche dezentralen Anlagen durchaus denkbar, die in der Folge die Häuser in den umliegenden Straßenzügen mit Fernwärme/Nahwärme versorgen könnten.

Hierzu könnten bereits bei Straßenbauarbeiten entsprechende Leerrohre verlegt werden. Durch das aktuelle Gesetzesvorhaben der Bundesregierung soll der CO₂-Ausstoß von Heizungsanlagen deutlich reduziert werden - durch Verbote aber auch durch enorme Anreize und Förderungen.

Es bedarf aber nicht nur gesetzlicher Initiativen und großzügiger Förderungen, um private Heizungen umzurüsten und das Klimaziel zu erreichen.

Auch auf kommunaler Ebene sind hierzu Anstrengungen „ohne Schere im Kopf“ notwendig.

gez.

Tobias Blöcher